

Neue Ansätze in der Drogenpolitik

Beschlossen von der 17. Bundesdelegiertenversammlung
am 22. und 23. September 2000 in Berlin.

Die mit dem Konsum harter Drogen verbundenen Belastungen haben in vielen Großstädten Ausmaße angenommen, die für die betroffenen Bürger subjektiv und objektiv unerträglich sind. Wer seine Kinder nicht mehr auf dem Spielplatz spielen lassen kann, weil er deren Kontakt mit Drogenkonsumenten befürchten muss, wer Angst haben muss, dass Kinder auf dem Schulweg, auf der Straße oder in der Schule von Dealern angesprochen werden, wer sich als älterer Mensch nicht mehr an den Hauptbahnhof wagt, der verliert Freiheit. Der Staat darf nicht den Eindruck vermitteln, tatenlos wegzuschauen.

Deshalb fordern liberale Kommunalpolitiker vom Bund und von den Ländern eine Drogenpolitik, die die Interessen der Bürger zum Maßstab politischen Handelns macht. Diese Politik ruht auf zwei Säulen:

- Kontrollierte Abgabe von Ersatzdrogen (z. Bsp. Methadon) und zugleich
- konsequente Bekämpfung von Drogenkriminalität.

Nur diese Doppelstrategie verspricht Erfolg: Kontrollierte Abgabe von Ersatzdrogen (z. Bsp. Methadon) ist der einzige Weg, erstens Abhängigen zu helfen und zweitens Bürger vor Begleiterscheinungen des Drogenkonsums, in erster Linie vor Beschaffungskriminalität, zu schützen. Zugleich wird drittens der organisierten Drogenmafia der finanzielle Boden entzogen.

Ziel der kontrollierten Abgabe ist nicht Verharmlosung von Drogen, sondern der Schutz der Bürger und Hilfe für Abhängige. Deshalb sind die verabreichten Ersatzdrogen an Ort und Stelle zu konsumieren. Wenn die Gesellschaft Abhängigen Hilfe bietet, darf sie deren Mitarbeit fordern. Konsum im öffentlichen Raum (zum Beispiel auf Straßen, Spielplätzen, Kaufhäusern usw.) muss strafrechtlich geahndet werden.

Die kontrollierte Abgabe von Ersatzdrogen sollte modellhaft zunächst im Rahmen einer Studie nach strengen Zulassungskriterien durch und in Begleitung erfahrener Suchtärzte und Sozialtherapeuten geschehen (sog. Masterinstitut).

Kontrollierte Abgabe heißt nicht Legalisierung. Auch bedeutet sie nicht den Verzicht auf repressive Maßnahmen gegen die - weiterhin illegale - nicht-staatliche Abgabe harter Drogen. Im Gegenteil: Der verbleibende illegale Drogenmarkt wird überschaubarer und kann daher effektiver mit polizeilichen Mitteln bekämpft werden. Repressive und konsequente Bekämpfung der Drogenkriminalität einerseits und staatlich kontrollierte Abgabe andererseits sind damit untrennbare Bestandteile einer Doppelstrategie, die das Drogenproblem entschärft und den Bürger schützt.